

Mehltauschicht der

Was tun mit dem Kompetenzwirrwarr in Österreichs Bildungssystem? Was sind die Hürden der flächendeckenden Kinderbetreuung? Wohin geht die Reise für Österreichs Familien? Die *public*-Redaktion lud Polit-Doyen Hannes Androsch, Gabriele Heinisch-Hosek, Helmut Mödlhammer, Ingrid Nemeč und Peter Biwald zum Round Table. Moderiert von Agnes Kern und Alexandra Keller, wurden in den Räumlichkeiten des Bildungsministeriums Finger auf Wunden gelegt und Lösungsvorschläge diskutiert.

Von Alexandra Keller



Verhinderung



„Bei der gegebenen Zersplitterung können wir weder die Infrastruktur, die ein moderner Unterricht benötigt, noch das in vieler Hinsicht erforderliche Begleit- oder Unterstützungspersonal, das für die Chancengleichheit und die Chancenvermittlung notwendig ist, bereitstellen.“

Hannes Androsch

44 public Round Table

public: Herr Dr. Androsch, im Zusammenhang mit dem von Ihnen initiierten Bildungsvolksbegehren sprachen Sie davon, dass etwas faul sei im Staate Österreich. Anfang Mai 2014 prophezeiten Sie einen fürchterlichen Knall, sollte das Land sich nicht erneuern, und gegenüber dem „KURIER“ stellten Sie fest: „Wir agieren wie in Absurdistan.“ Unsere Gastgeberin heute ist Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Welche Punkte müsste Frau Heinisch-Hosek Ihrer Meinung nach rasch angehen, damit der fürchterliche Knall vermieden wird?

Hannes Androsch: Angesichts der gesellschaftlichen Gegebenheiten, bei denen 70 Prozent der Frauen berufstätig, ein Großteil teilzeitbeschäftigt und ein nicht geringer Teil allein erziehende Mütter sind, sowie angesichts der neuwissenschaftlichen Erkenntnisse und der sich daraus ergeben-

den pädagogisch-didaktischen Schlussfolgerungen ist es notwendig, dass wir endlich eine gesicherte elementarpädagogische Ganztagesbetreuung bekommen. Und zwar sowohl für die Pflichtschulen als auch für den vorschulischen Bereich. Nicht zuletzt auch, um sicherzustellen, dass die Sechsjährigen bezüglich ihrer Sprachkenntnisse einschulbar sind. Das heißt: verschränkte Ganztagesangebotsangebote fokussiert in Schulzentren, noch besser in Campuseinrichtungen. Bei der gegebenen Zersplitterung können wir weder die Infrastruktur, die ein moderner Unterricht benötigt, noch das in vieler Hinsicht erforderliche Begleit- oder Unterstützungspersonal, das für die Chancengleichheit und die Chancenvermittlung notwendig ist, bereitstellen.

public: Was meinen Sie mit Zersplitterung?

Androsch: Zersplitterung heißt, dass viel Geld hinausgeschmissen bzw. unnötig gebunden wird. Zersplitterung heißt auch, dass hier die Gemeinden zuständig sind, dort die Länder, und der Bund an beide Gelder überweist ohne tatsächliche Mitwirkungs- und Kontrollfunktion über deren Verwendung. Der Bund zahlt, die Länder schaffen an – mit dem Effekt, dass wir eines der teuersten Bildungssysteme der Welt haben, aber nur jeder zweite Euro bei den Schülern ankommt. Auch in der Familienförderung liegen wir weltweit im Spitzenfeld, aber diese kommt nicht bei den Kindern an. Und: Eine erfolgreiche Schule braucht engagierte, motivierte, sachkundige Lehrer. Die müssen wir entsprechend ausbilden und ihnen die gebührende Wertschätzung entgegenbringen, mit gesellschaftlicher Anerkennung, aber auch einer adäquaten Bezahlung. Über die Notwendigkeit einer zukunftsgerichteten Bildungsreform herrscht große Einhelligkeit, jeder Versuch einer Änderung droht an den Interessen einer bestimmten machtvollen Klientelpolitik zu scheitern. Wir haben dieses Paradoxon bei der sehr respektvollen Behandlung des Bildungsvolksbegehrens im Parlament erlebt. Man hätte glauben können, es gäbe nur mehr eine politische Fraktion. Allerdings nur bis zur letzten Sitzung, wo dann einer der Bildungssprecher kleinlaut aufzeigte und sagte: „Aber beschließen können wir nichts, weil wir auf die realpolitischen Machtverhältnisse Rücksicht nehmen müssen.“ Das ist eine wunderschöne politische Umschreibung für das, was den Stillstand in Österreich ausmacht. Nichts

Die Diskutanten

Dr. Hannes Androsch wurde nicht zuletzt durch das von ihm initiierte Bildungsvolksbegehren zum Grandseigneur in österreichischen Bildungsfragen. Der vielfach ausgezeichnete Politiker und Unternehmer nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es den Stillstand des Landes betrifft.

Mag. Peter Biwald ist seit 2009 Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und professionell mit der Analyse heimischer Kommunen befasst.

Gabriele Heinisch-Hosek ist Bundesministerin für Bildung und Frauen im Kabinett Faymann II sowie Frauensprecherin der SPÖ. Sie ist froh, dass die Föderalismusdebatte im Schulbereich wieder geführt wird,

und weiß um die hemmende Komplexität der Strukturen.

Helmut Mödlhammer ist seit 1999 Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und war viele Jahre Bürgermeister der Gemeinde Hallwang (S). Den Kompetenzwirrwarr im Bildungsbereich sieht er als großes Problem. Ein Problem, das die Gemeinden ausbaden.

Dr. Ingrid Nemec ist Sektionschefin im Bundesministerium für Familien und Jugend. Eines der Ziele ihrer Chefin, Bundesministerin Sophie Karmasin, ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Österreich bis 2025 zum familienfreundlichsten Land in Europa zu machen.

„Im Kinderbetreuungsbereich wird man wenig sparen können, sondern überlegen müssen, wie man die Kompetenzen im Bundesstaat gestaltet und wie man jene Ebene mit Finanzmitteln ausstattet, die die Leistung erbringen muss.“

Peter Biwald



ist damals beschlossen worden! Inzwischen sind wieder zwei Jahre vergangen. Jetzt kommt es darauf an, was in dieser Legislaturperiode passiert – denn davon hängt die Zukunft des Landes ab.

public: *Frau Ministerin Heinisch-Hosek, was sagen Sie dazu?*

Gabriele Heinisch-Hosek: Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass das Bildungsvolksbegehren jetzt eine Fortsetzung darin findet, dass wir die Föderalismusdebatte im Bildungsbereich wieder aufgenommen haben. Wenn wir eine Grafik hernehmen, die zeigt, wie das österreichische Bildungswesen organisiert ist, wird einem schwindlig. Zur Frage, wer LehrerInnengruppen günstiger, effizienter und besser verwalten kann, hat sich eine Dialogsituation entwickelt, die ich sehr begrüße. Allein daran darf man es aber nicht aufhängen. Da prallen Gesetzesmaterien aufeinander. Nämlich neun Gesetzeslagen die Kindergärten betreffend und die Schulgesetzgebung. Das Ganze unter einen Hut zu bringen, ist eine große Herausforderung. Und letzten Endes soll es immer noch denen dienen, die es brauchen. Die Kinder sollen die beste Bildung haben, sollen Bildungsnachteile ausgleichen können, Eltern sollen ihren Weg gehen können und sich ihr „gutes Leben“ auch leisten können. Frauen sollen nicht in Teilzeit gezwungen werden, wenn sie Vollzeit arbeiten wollen, aber keinen Kinderbetreuungsplatz haben. Männer sollen nicht fürchten, aus dem Unternehmen gemobbt zu werden, wenn sie Väterkarenz nehmen. All diese Fragen

ranken sich rund um den Bildungsbegriff und dort stehen sich die zentrale Steuerung und die neunfache Steuerung und die Gesetzgebungsmaterien manches Mal im Weg. Diesen gordischen Knoten anzugehen und aufzulösen, ist das Ziel. Das diskutieren wir wieder einmal und es ist gut, dass wir das in dieser Runde tun.

public: *Es gibt Ideen, das gesamte System von Grund auf neu aufzustellen. Sie sprachen vom gordischen Knoten – müsste der sprichwörtlich zerschlagen werden?*

Heinisch-Hosek: Nein. Das ist keine gute Idee. Der gordische Knoten soll sukzessive entwirrt werden, weil es nicht gegen jemanden möglich ist, etwas Neues aufzusetzen, sondern nur miteinander. Den Knoten von außen zu zerschlagen, würde niemandem gut tun.

public: *So wie vorhin Dr. Androsch hat auch WK-Präsident Christoph Leitl vor kurzem beklagt, dass in Österreich von vier in das heimische Schulwesen investierten Euro nur zwei direkt bei den Schülern landen, während in Finnland drei von vier Euro dort ankommen. Er führt dies auf die Kompetenzzersplitterung zurück. Herr Mag. Biwald, wenn wir die Kompetenzgeschichte ganz unpolitisch betrachten, welche finanziellen Spielräume würden sich durch eine Beseitigung der Zersplitterung bzw. eine Konzentration derselben beim Bund ergeben?*

Peter Biwald: Ich möchte nicht auf dieser Gesamtebene einsteigen, sondern bei einem Segment beginnen – der Kinder-

betreuung, die ein ganz wichtiges Feld und auch symbolisch ist für die Zersplitterung. Die Gemeinden inklusive Wien haben im Jahr 2012 rund 1,4 Milliarden Euro für Kinderbetreuung ausgegeben. Im Vergleich zu 2007 sind diese Ausgaben um 492 Millionen Euro gewachsen, weil sehr viele Kinderbetreuungsplätze geschaffen wurden. Vom 33-Prozent-Ziel, also ein Drittel der unter Dreijährigen in einer institutionellen Kinderbetreuung zu haben, ist man – mit Ausnahme der Stadt Wien – noch immer sehr weit entfernt. Diese 492 Millionen Euro mussten die Gemeinden nicht selbst schultern. Aber als Konsequenz der gemischten Finanzierung sind 104 Millionen vom Zuwachs von den Ländern und vom Bund beigesteuert worden. Hier haben wir eine Situation, wo ein Fünftel der laufenden Ausgaben des Anstiegs von anderen Gebietskörperschaften finanziert wurde. Die Frage ist, wie man es organisiert und finanziert.

public: *Welche Möglichkeiten gibt es?*

Biwald: Man kann es vereinfachen und sagen, statt neun Landesgesetzen gibt es ein Bundesrahmengesetz, das einheitlich ist, und die Gemeinden haben das umzusetzen. Dann muss ich ihnen allerdings über den Finanzausgleich die Mittel bereitstellen, und die werden derzeit durch andere Bereiche wieder abgezogen. Die Gemeinden – ohne Wien – haben in den letzten fünf Jahren eine Milliarde Euro mehr an Ertragsanteilen bekommen und 750 Millionen sind über die Umlagen sofort wieder weggeflossen. Das heißt, nur ein Viertel

»



„Das Schwierige ist, dass die Bedürfnisse völlig unterschiedlich sind – ob ich etwa heute in Wien oder einem Zentralraum die Kinderbetreuung zu organisieren habe oder in einer kleinen Gemeinde.“

Helmut Mödlhammer

46 public Round Table

ist für die Kernaufgaben, was Kinderbetreuung wäre, geblieben. Meine These ist: Im Kinderbetreuungsbereich wird man wenig sparen können, sondern überlegen müssen, wie man die Kompetenzen im Bundesstaat gestaltet und wie man jene Ebene mit Finanzmitteln ausstattet, die die Leistung erbringen muss. Ich gebe der Frau Ministerin Recht, Zerschlagung ist der falsche Weg, weil man erst etwas zerstört, ohne zu wissen, ob der Aufbau gut gelingen wird. Man braucht ganzheitliche Reformen.

public: *Gäbe es Vorteile, wenn die Kompetenzen im Schulbereich bei den Ländern liegen würden?*

Biwald: Die regionalen Bedarfe könnten möglicherweise besser erkannt werden.

Heinisch-Hosek: Das kann ich aber auch mit einem großen Autonomiepaket erreichen. Das ist auch als Wunsch geäußert worden. Verländerung/Verbundlichung soll nicht die einzige Frage bleiben. Ein schönes Autonomiepaket könnte helfen – da diskutieren wir mehrere Möglichkeiten.

public: *Herr Präsident Mödlhammer, Sie haben vorhin kurz den Kopf geschüttelt. Wie sehen Sie den Kompetenzdschungel – wie müsste man es Ihrer Meinung nach angehen?*

Helmut Mödlhammer: Man muss die ganze Geschichte differenzierter angehen. Erstens geht es um Kinderbetreuung, und das ist eine Gemeindeaufgabe im klassischen Sinne. Das ist neun Mal unterschiedlich geregelt, es sind vier bis

fünf Ministerien zuständig, und auszuführen haben das die Gemeinden. Das Schwierige ist, dass die Bedürfnisse völlig unterschiedlich sind – ob ich etwa heute in Wien oder einem Zentralraum die Kinderbetreuung zu organisieren habe oder in einer kleinen Gemeinde. Wir haben eine tolle Entwicklung im Kinderbetreuungsbereich – die gesetzliche Basis liefern Bund und Länder, und wir sind die, die das bezahlen müssen.

Heinisch-Hosek: Aber nicht nur – nehmen Sie Niederösterreich.

Mödlhammer: Ja, bis 13 Uhr, und dann ist es kostenpflichtig. Das Hilfspersonal ist wieder Sache der Gemeinde. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Zur Schule: Wir sind auch hier wieder diejenigen, die die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, aber auch personalmäßig zur Kasse gebeten werden. Und zwar immer mehr. Dritter Bereich: Nachmittagsbetreuung. Dort ist es wieder unterschiedlich. Die Lehrer gehen zu Mittag und dann müssen wir Betreuungspersonal zur Verfügung stellen. Wir haben hier ein Tohuwabohu der Sonderklasse. Und das wird von den Gemeinden ausgedadelt.

public: *Ist der Umstand, dass die Verwendung der Landesgelder nicht transparent ist, Teil des Tohuwabohus?*

Mödlhammer: Ja, ich habe noch nie verstanden, dass der Bund die Lehrer zahlt, aber nicht weiß, wie viele tatsächlich angestellt sind. In den Gemeinden weiß ich auf Knopfdruck, wie viele Mitarbeiter beschäftigt sind. Da werden dann 15-a Vereinbarungen gemacht, dann sind neun

Landtagsbeschlüsse notwendig und neun Mal wird mit den Gemeinden darüber verhandelt, wie das Geld ausgegeben wird. Ich frage ganz offen: Warum ist es nicht möglich, die Ebene Land herauszulassen und direkt mit uns zu verhandeln? Dann kommt das Geld dort an, wo es gebraucht wird.

Heinisch-Hosek: Es braucht in der Tat eine effizientere Verwaltung. Genau darüber haben wir nun eine breite Debatte im Rahmen der Bildungsgipfel gestartet.

Androsch: Wenn es mathematisch möglich wäre, könnte ich mich dem nur zu 150 Prozent anschließen. Während die Schweiz, die noch föderaler ist als Österreich, versucht, dies zu vereinheitlichen, schlagen wir vor, das Gegenteil zu tun. In der Praxis sind dann neun Landesrätinnen und Landesräte plus andere Einrichtungen zuständig. Dann soll mir einer erzählen, dass das effizienter und billiger ist. Da kichern ja die Hühner.

public: *Frau Dr. Nemeč, die Auseinandersetzung, ob 45 Wochen oder 47 Wochen Öffnungszeit Voraussetzung für „das Fließen“ der entsprechenden Anteile aus den knapp 300 Millionen Kinderbetreuungseuro des Bundes ist, wurde zwischenzeitlich beigelegt. Die Frage, wie Eltern die „Zwischenzeit“ überbrücken, bleibt. Wie ist hier der Zugang des Familienministeriums?*

Ingrid Nemeč: Natürlich sollten Kinderbetreuungseinrichtungen für die unter 6-Jährigen dem Anspruch entsprechen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, und diese Einrichtungen

„Da prallen Gesetzesmaterien aufeinander. Nämlich neun Gesetzeslagen die Kindergärten betreffend und die Schulgesetzgebung. Das Ganze unter einen Hut zu bringen, ist eine große Herausforderung.“

Gabriele Heinisch-Hosek



sollten auch 47 Wochen geöffnet sein. Die werden am höchsten gefördert. In der neuen Regelung sind es 4.500 Euro pro neu geschaffenen Platz. Daneben sollte es aber für verschiedene Gemeinden bedarfsgerechte Einrichtungen geben, die beispielsweise 20 oder 30 Stunden pro Woche offen haben. Diese müssen dann mindestens 45 Wochen im Jahr offen haben und werden entsprechend geringer – mit 2.000 bzw. 3.000 Euro pro neu geschaffenen Platz – gefördert. Wir müssen schauen, welcher Bedarf gegeben ist. Mir ist lieber, ich habe zusätzliche Angebote mit 20 oder 30 Wochenstunden, als es gibt diese Zusatzangebote gar nicht.

public: *Frau Ministerin Heinisch-Hosek – Sie schütteln den Kopf?*

Heinisch-Hosek: Egal, in welcher Familienkonstellation sich jemand befindet, sollte das Angebot da sein. Wenn ich niederschwellig viel Geld verteile, wird es für die eine oder andere Mutter gerade für einen Teilzeitjob reichen, aber nicht für eine alleinerziehende Mutter, die nicht anders kann, als Vollzeit arbeiten zu gehen, und nichts davon hat, wenn nur 30 Stunden angeboten werden. In den westlichen Bundesländern haben wir Schließwochen – da wird mir ganz schwindlig, wenn ich daran denke –, die haben neun bis elf Wochen zu im Jahr.

Androsch: Darf ich eine Schlussfolgerung ziehen: Wir haben zuständigkeitsbezogen eine Überorganisation, die der Sache nicht dienlich ist. Eine grundsätzliche Bundeszuständigkeit mit einer entsprechenden Autonomie, was die Selektion

und Bestellung der Schulleitung, sowie deren Zuständigkeit mit Leistungsvereinbarung und Monitoring – was von den Bundesländern verweigert wird –, wäre eine Antwort.

Mödlhammer: Die derzeitige Bestellung der Schulleitung, die Dr. Androsch angesprochen hat, ist ein Horror bürokratischer Sonderklasse. Warum kann man das nicht so machen, dass man sagt, es gibt eine Ausbildung für diese SchulleiterInnen und ich habe Bewerberinnen und Bewerber für den Job. Und warum bestimmen nicht die Schulerhalter, LehrerInnen und Eltern, wer die Schule für fünf Jahre leitet? Doch das ist ein ganz einfaches System. Doch, das schaffen wir nicht.

Androsch: Warum? Weil darüber eine Mehlschicht der Verhinderung lagert – Bürokratie, Lehrgewerkschaften, machtpolitische Personalpolitik von Landesfürsten.

public: *Wie wichtig ist es für eine Gemeinde als Standort, eine Schule, Kinderbetreuungseinrichtungen etc. zu haben? Wie wichtig sind kurze Wege?*

Mödlhammer: Natürlich ist es so, dass Schulen und Kindergärten Säulen für eine Gemeinde darstellen. Und natürlich kann es nicht so sein, dass man Kinder stundenlang im Auto oder Bus sitzen lässt – da ist es besser, der Lehrer kommt hin. Gewisse Strukturen braucht man. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben ein unglaubliches Gespür, was die Bevölkerung will.

Androsch: Aber, Herr Präsident, die Frage muss erlaubt sein: Ist ein längerer Fußweg

in einer Gemeinde besser als ein längerer Weg mit dem Bus in eine Nachbargemeinde? Ich bin bei Ihnen, wenn es darum geht, diese Dinge elastisch zu handhaben. Doch dürfen im Interesse der Kinder und ihrer möglichst optimalen Ausbildung internationale Standards der Schulgrößen keinesfalls unterschritten werden. Sonst hinken wir schon aus diesen Gründen immer noch weiter hinter den weltweiten Entwicklungen im Bildungssektor nach.

Nemec: Die Familienfreundlichkeit ist natürlich ein wichtiger Standortfaktor. Aber was tue ich sonst für die Jugendlichen, was biete ich an? Wohnraum ist sicher ein ganz zentraler Punkt, die Standortqualität muss auch für die Wirtschaft gegeben sein, damit ich Arbeitsplätze vor Ort habe. Und da gibt es eben unser Projekt – gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und der Familie- und Beruf Management GmbH –, das Audit familienfreundliche Gemeinde. 14 Prozent der Gemeinden, 325 Gemeinden sind bereits im Audit, davon sind 1,7 Millionen Österreicherinnen und Österreicher betroffen.

public: *Was bringt das Audit konkret?*

Nemec: Das Wichtigste ist, dass es ein Prozess ist, in den alle Generationen einer Gemeinde eingebunden werden, in dem mit den Bewohnern einer Gemeinde und den Entscheidungsträgern erhoben wird: Wo stehen wir als Gemeinde, was hat sie mir anzubieten und wo wollen wir hin? Wenn ich auditiert bin, kann ich sagen, dass ich eine standortfreundliche, eine familienfreundliche Gemeinde bin. Alle

»



„Es kann auch Geld für die Verkleinerung der Gruppen abgeholt werden. Der Betreuungsschlüssel ist entscheidend für die Gemeinden, auch, dass Personalkosten übernommen werden können. Das wird jetzt mit der neuen 15-a-Vereinbarung für die Gemeinden deutlich verbessert.“
Ingrid Nemec

48 public Round Table

Gemeinden, die das bis jetzt gemacht haben, sind hochzufrieden. Das nächste Projekt kann dann die familienfreundliche Region sein.

Mödlhammer: Es ist ein unwahrscheinlicher Bürgerbeteiligungsprozess. Alle sind eingebunden, und dann gibt es für die Gemeinde – was super ist – eine Wunschliste, einen Katalog, den sie dann abzuarbeiten hat. Familienfreundlich heißt kinderfreundlich, jugendfreundlich, seniorenfreundlich und wirtschaftsfreundlich.

Androsch: Damit wir nicht nur Etiketten und Schlagworte haben: Es macht einen großen Unterschied in der kindlich-jugendlichen Sozialisierung aus, ob, so wie früher, noch die Großeltern im Haus sind und ob es drei oder fünf Kinder sind oder es ein Einzelkind ist. Das ist ein Sozialisierungsproblem, das beginnt schon im vorschulischen Alter. Wer kennt nicht die aufgeladenen Situationen in Familien – beide Elternteile arbeiten ganztags, die Kinder haben Halbtagsunterricht –, wenn am Abend die Hausaufgaben nicht gemacht worden oder die Noten schlecht ausgefallen sind? Da kann es rasch zu einem Knatsch zwischen Mutter und Kind kommen, und wenn sich der Vater auch noch einmischt, ist der Familienkrach fertig. Wer dann alles vielleicht auch noch eine Watschn bekommt, sei dahingestellt. Woran unser Schulwesen krankt, zeigt der riesige Nachhilfemarkt, der rund 160 Millionen Euro schwer ist und schon in der Volksschule beginnt. Dass da etwas schief läuft, kann man wohl nicht bestreiten.

Nemec: Ich glaube nicht, dass es in vielen Familien so zugeht, wie Sie das geschildert haben. Ich glaube, man kann den Eltern schon zutrauen, ihre Sorgspflicht entsprechend zu erfüllen. Die Watschn ist seit 20 Jahren verboten.

Androsch: Leben Sie in dieser Welt?

Nemec: Ich habe nicht gesagt, dass es das nicht gibt, aber es gibt Untersuchungen, dass körperliche Bestrafung als Erziehungsmethode in Österreich deutlich abnimmt. Noch ein wichtiger Punkt zum Audit: Die Bekämpfung der Abwanderung in einer Gemeinde funktioniert mit dem Audit wirklich. Auch das ist im Interesse der Gemeinde und im Interesse der Bewohner der Gemeinde.

public: *Wie groß ist das Problem der Abwanderung junger gebildeter Frauen im ländlichen Raum?*

Mödlhammer: Das betrifft nicht nur Frauen, das ist ein allgemeines Problem. Man muss aber schauen, dass man die Infrastruktur in den Regionen so ausbaut und erhält, dass die Unternehmen nicht abwandern. Da ist Breitband ein entscheidender Punkt.

Biwald: Im Zusammenhang mit der Abwanderung von Frauen sind es die fehlende Kinderbetreuung, das Wohnen, die Nähe zum Arbeitsplatz und die atmosphärische Enge, die das begründen. Die Bildungsstruktur möglichst nahe zu belassen, ist da schon ein Schlüssel. Wenn wir Modelle umsetzen, wie sie Dr. Androsch mit dem Campusmodell vorgeschlagen hat, wird man differenzierter vorgehen müssen. Das ist ein Modell für

10.000 bis 15.000 Einwohner. Man wird viel stärker in Regionen denken müssen.

public: *Die Akademisierung des Kinderbetreuungs-Personals ist umstritten. Ist die qualitativ hochwertige Betreuung der Kleinen und die daraus resultierende Konsequenz für ihren Bildungs- bzw. Lebensweg unbestritten?*

Biwald: Ich glaube schon, dass mit der Sprachförderung die Bildungsaspekte stärker in die Kinderbetreuung hineinkommen. Ich denke, dass gerade in der Kinderbetreuung andere Themen auch aktuell sind. Es ist noch einiges zu tun, um die Kinderbetreuung an das Barcelona-Ziel der 33 Prozent heranzuführen. Die Gruppengrößen sind immer noch ein Thema, auch für die Gemeinden. Kleinere Gruppen bedeuten größere finanzielle Belastungen – da muss man schauen, dass das im Finanzausgleich geregelt wird.

Nemec: Es kann auch Geld für die Verkleinerung der Gruppen abgeholt werden. Das ist schon ein wichtiger Punkt. Der Betreuungsschlüssel ist entscheidend für die Gemeinden, auch, dass Personalkosten übernommen werden können. Das wird jetzt auch mit der neuen 15-a-Vereinbarung für die Gemeinden deutlich verbessert.

Mödlhammer: Wir brauchen mehr Betreuungsplätze für die unter 3-jährigen, längere Öffnungszeiten, wir brauchen auch spezifische Gruppengrößen. Dass da ein einheitliches Netz drübergespannt wird, erschwert es für die Gemeinden. Die Zeiten, in denen Bürgermeister sagen konnten, nein, das wollen wir nicht, sind aber längst vorbei. ■